



Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam



BDS Geschichte, Ideologie und Struktur der Israelboykottbewegung

FFGI – Working Paper 1
Hrsg. Susanne Schröter
Frankfurt 2021

>> Die Struktur und Organisation der Kampagne beruht auf einer Melange palästinensischer und internationaler antizionistischer NGOs und Einzelpersonen, aber auch islamistischer und terroristischer Kräfte.<<

Fazit - Seite 20

BDS

Geschichte, Ideologie und Struktur der Israelboykottbewegung

FFGI

Jan-Philip Anders

Frankfurt 2021

Inhalt

Einleitung	3
Begriff des (israelbezogenen) Antisemitismus	4
Geschichte der BDS-Kampagne: Die Durban-Strategie	6
Forderungen von BDS	9
Beendigung der „Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes“	9
„Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit“ anerkennen	10
„Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren“ respektieren, schützen und fördern	10
Israel – ein Apartheidstaat?	12
Akteure und Struktur	13
BDS und die NGOs.....	13
BDS und der Terror	14
BDS in Deutschland.....	14
BDS-Aktivität	15
Boycott, Divestment, Sanctions	15
Akademischer Boykott	16
BDS im Kontext sozialer Bewegungen.....	17
Politische und öffentliche Reaktionen auf BDS	18
Fazit	20
Quellen- & Literaturverzeichnis.....	21

Einleitung

Der Staat Israel sieht sich auch über 70 Jahre nach seiner Gründung zahlreichen Bedrohungen ausgesetzt. Diese sind zum einen militärisch-terroristischer Natur und gehen von Akteuren wie der Hamas, der Hisbollah und besonders dem diese beiden Gruppen finanzierenden iranischen Regime aus. Zum anderen wird Israel mit propagandistischen Mitteln bedroht, um es international zu delegitimieren und somit zu isolieren. Dieser propagandistische Kampf wird innerhalb der UN von einem „informelle[n] Bündnis aus arabischen bzw. islamischen Ländern und deren internationalen Partnern“ (Markl/Feuerherdt 2019: 143) und von antizionistischen Gruppen weltweit geführt, die sich auf eine Strategie geeinigt haben, die zur Tradition der antisemitischen Agitation gehört: Der Boykott.

Prominenter Vertreter dieser Strategie ist die **BDS – Boycott, Divestment, Sanctions** (deutsch: Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen) Kampagne. BDS ist ein relativ loses Bündnis von internationalen und palästinensischen Gruppen, NGOs und Einzelpersonen, dessen Ziel darin besteht, Israel und seine Bürger auf allen Ebenen, aber besonders wirtschaftlich, kulturell und akademisch zu boykottieren. Sie geriert sich dabei als vermeintlich friedliche und zivilgesellschaftliche Bewegung, die lediglich „internationales Recht“ (BDS 2005) durchsetzen möchte und begreift sich selbst keineswegs als antisemitisch, sondern als besonders antirassistisch. BDS war in den letzten Jahren Gegenstand zahlreicher öffentlicher Debatten und Kontroversen in Deutschland. Bisheriger Höhepunkt war ein Beschluss des Bundestages im Mai 2019, der die Boykottkampagne verurteilte und dafür sorgte, dass sie weder finanzielle Unterstützung noch Räumlichkeiten von staatlicher oder kommunaler Seite für ihre Veranstaltungen zur Verfügung gestellt bekommen sollte (vgl. BT-Drs. 19/10191: 2). Die öffentliche Wirkung von BDS gestaltet sich in anderen Ländern wie den USA oder Großbritannien allerdings deutlich anders. Dort erhält die Kampagne besonders an Universitäten massiven Zuspruch und verbreitet ein Klima der Angst für jüdische Studierende (vgl. Feuerherdt 2016a: 23). Doch auch in Deutschland scheint der Widerspruch gegen BDS nicht so groß zu sein, wie der Bundestagsbeschluss und die Statements der dort vertretenen Parteien es zunächst suggerieren mögen. Nachdem der Beschluss verabschiedet wurde, kam es aus verschiedenen Ecken der Gesellschaft zu Ablehnung diesem gegenüber. Grund genug, sich intensiver mit der Kampagne auseinanderzusetzen. Ziel des vorliegenden Papers ist es nachzuweisen, dass es sich bei BDS entgegen ihrer Selbstdarstellung als friedliche und antirassistische Kampagne um eine Galionsfigur des israelbezogenen Antisemitismus handelt, die darüber hinaus durchaus gewillt ist, mit palästinensischen Terrororganisationen zusammenzuarbeiten und diese offen oder im Verborgenen zu unterstützen.

Um dieses Erkenntnisinteresse zu verfolgen, soll zunächst klargestellt werden, mit welchem Begriff von Antisemitismus gearbeitet wird. Dabei berufe ich mich auf die von der Bundesrepublik und der EU anerkannte Arbeitsdefinition Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA), wobei sie um einige Punkte ergänzt wird. Darauf folgend wird die Entstehung der BDS-Kampagne nachgezeichnet. Anschließend werden die Maximalforderungen und häufigsten BDS-Anschuldigungen gegen Israel auf ihren antisemitischen Gehalt hin untersucht. Des Weiteren wird auf die Struktur und Aktionsweise der Kampagne eingegangen. Das Paper schließt mit einer Betrachtung der öffentlichen und politischen Reaktionen auf die Kampagne in den letzten Jahren.

Begriff des (israelbezogenen) Antisemitismus

Der Hass auf Juden stellt sich immer wieder als ein wandelbares und gleichzeitig persistentes Phänomen dar, das in unterschiedlichen gesellschaftlichen Konstellationen unterschiedlich auftreten kann. Mit einer Arbeitsdefinition will die *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)*¹ diesem Problem habhaft werden. Bei der Arbeitsdefinition handelt es sich nicht um ein rechtsverbindliches Dokument, sondern sie soll als Orientierungshilfe dienen, um Antisemitismus in seinen verschiedenen Ausprägungen erkennbar zu machen. Ergänzt wird sie durch eine Reihe von Beispielen aus dem „öffentlichen Leben, [...] den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre“ (International Holocaust Remembrance Alliance 2016), die die Vielfalt des Antisemitismus verdeutlichen sollen und besonders auch auf seine antisraelische Dimension eingehen.

Die Definition lautet wie folgt:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeinde-institutionen und religiöse Einrichtungen“ (ebd.)

Wie die Definition festhält, handelt es sich beim Antisemitismus nicht einfach um ein Vorurteil, sondern um eine „bestimmte Wahrnehmung von Juden“ (ebd.). Darüber hinausgehend lässt sich feststellen, dass der Antisemitismus auch eine bestimmte Wahrnehmung der Welt, also „eine Ideologie, eine Denkform“ (Postone 1982: 14) ist, die dafür sorgt, dass hinter allen negativen Ereignissen, Umständen und Phänomenen der modernen Welt das Machwerk der Juden vermutet wird. Max Horkheimer und Theodor W. Adorno bezeichnen den Antisemitismus daher als eine „pathische Projektion“ (Horkheimer/Adorno 2011: 202), die sich unabhängig vom wirklichen Handeln und Sein jüdischer Menschen konstituiert. In dieser Projektion gelten Juden den Antisemiten als omnipotente Herrscher über die Geschicke der Welt. Sie sind die Personifikationen der abstrakten Herrschaftsverhältnisse der Moderne, die sich der Antisemit so zu erklären versucht. Deswegen arbeitet der Antisemitismus zentral mit „Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden“ (IHRA 2016). Aus der phantasierten Allmacht der Juden entwickelt sich immanently der Wunsch des Antisemiten nach der Vernichtung der Juden, der durch die Nationalsozialisten in die Tat umgesetzt wurde. Nach der Shoah war es in Europa und besonders in Deutschland nicht mehr ohne Weiteres möglich, sich offen antisemitisch zu äußern. Dies bedeutet allerdings nicht, dass der Antisemitismus damit plötzlich verschwunden gewesen wäre. Er hat sich vielmehr den veränderten Umständen angepasst und nach „Ersatzkommunikation[en]“ (Bergmann/Erb 1986: 230) gesucht. Es trat ein *sekundärer Antisemitismus* auf,² aber auch der Hass auf den jüdischen Staat, also ein *israelbezogener Antisemitismus*, wurde immer attraktiver.

¹ Die IHRA ist eine zwischenstaatliche Einrichtung, der über 30 Staaten angehören und die sich der Förderung der Erinnerung an den Holocaust verschrieben hat.

² Der sekundäre Antisemitismus konstituiert sich am Holocaust und versucht diesen zu relativieren oder zu leugnen, um die Schuld des eigenen Kollektivs zu verharmlosen.

Der Antizionismus ist im Grunde die „geopolitische Reproduktion“ (Grigat 2007: 329) des Antisemitismus, der sich weniger an einzelnen Juden, sondern an Israel als jüdischem Kollektiv; als „Jude unter den Staaten“ (Poliakov, zit. n.: Feuerherdt 2016b: 11) ausagiert. Auf Israel werden damit wesentliche Phänomene des modernen Antisemitismus projiziert. Analog zur angeblichen Wurzellosigkeit der Juden wird behauptet, dass es sich beim jüdischen Staat um ein abstrakt-künstliches Gebilde handle und keinen ‚natürlichen‘ aus einem einheitlichen Volk gewachsenen Staat, wodurch Israel als „Nicht-Nation“ (Marz 2014: 205) gewertet wird. Nicht nur wird damit der künstliche Aspekt jeder Art von ‚Nation-Building‘ ignoriert, dem jüdischen Volk wird auch das Recht auf Selbstbestimmung aberkannt (vgl. IHRA 2016).³ So wie der Antisemitismus nichts mit dem konkreten Handeln von Jüdinnen und Juden zu tun hat, hat er auch in seiner israelbezogenen Form nichts mit dem Handeln Israels zu tun.⁴ Wenn Israel seine Siedlungen im Gazastreifen abbaut, dann schafft es damit das „größte Freiluft-Gefängnis der Welt“ (Todenhöfer 2014), wenn es an den Siedlungen im Westjordanland festhält, dann ist das „Landraub durch israelische Siedler“ (ebd.). Umso zynischer erscheint daher das weitverbreitete Urteil, Israel sei selbst schuld am steigenden Antisemitismus, da es diesen mit seinem Handeln im Nahostkonflikt bestätige. Es ist vielmehr andersherum. Der ubiquitäre Antisemitismus auf arabisch-palästinensischer Seite ist „eine der zentralen *Ursachen* dieses Konfliktes“ (Grigat 2014: 8), hat dessen Verlauf maßgeblich geprägt und bestimmt ihn bis heute. In der Behauptung, Israel sei an seiner Bedrohungslage selbst schuld, liegt auch eine Täter-Opfer-Umkehr. So wird Israel permanent als brutaler Aggressor dargestellt, während die Palästinenser pauschal als handlungsunfähige Opfer behandelt werden. Diese Perspektive reduziert einen komplexen Konflikt auf ein einfaches Schema, innerhalb dessen die Vernichtungsdrohungen gegen Israel untergehen.

Im Zuge der Popularisierung des israelbezogenen Antisemitismus hat sich die antiimperialistische Linke neben dem politischen Islam als dessen maßgeblicher Stichwortgeber herausgetan. Große Teile der Linken, die zumindest in der Bundesrepublik bis in die 1960er noch relativ israelsolidarisch war (vgl. Kloke 2010: 78 f.),⁵ wandten sich in der Zeit um 1968 einem einseitigen Antiimperialismus zu „und sah[en] in den Juden bald neue Kolonialherren, im Staat Israel ein Bollwerk des westlichen Imperialismus“ (Elbe/Elmers/Hesse/u.a. 2018: 1). Der Antiimperialismus muss dabei als eine die Welt simplifizierende Ideologie verstanden werden, die von „ethnisch-kollektiven Homogenitätsvorstellungen“ (Salzborn 2018: 88) ausgeht und die Welt pauschal in moralisch ‚gute‘, weil unterdrückte und moralisch ‚schlechte‘, weil unterdrückende Völker und Staaten einteilt. Im Nahostkonflikt wird pauschal für die Palästinenser Partei ergriffen, da sie als Vertreter eines authentischen Befreiungskollektivs gesehen werden, das in seinen Bestrebungen unterstützt werden muss. Israel hingegen gilt unter anderem durch seinen Charakter als westlicher Nationalstaat und seine politische Nähe zu den USA als „ein vom ‚Westen‘ [...] installierter Fremdkörper im Nahen Osten“ (Edthofer 2017: 411). In

³ Beziehungsweise wird die Existenz eines jüdischen Volkes per se geleugnet, wobei häufig das Argument herbeigezogen wird, beim Judentum handle es sich lediglich um eine Religion und Religionen fallen nicht unter das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Diese Definition des Judentums wird durch den modernen Antisemitismus selbst widerlegt, der nicht nur religiöse Juden verfolgt, sondern all diejenigen, die er als Juden identifiziert.

⁴ Das unterscheidet israelbezogenen Antisemitismus von einer Kritik an der israelischen Politik. Wo ersterer Israel pauschal verurteilt und den jüdischen Staat als solchen zerstören möchte, setzt sich letztere mit konkreten Verhältnissen auseinander und kritisiert die israelische Politik *bestimmt*. Nichtsdestotrotz stellt der Hinweis, dass man eigentlich nur Kritik an Israel betreiben würde häufig eine Verharmlosung des eigenen israelbezogenen Antisemitismus dar.

⁵ Einen Wendepunkt stellte der Sechstagekrieg von 1967 dar, der in den Augen vieler Linker Israel von einem sympathischen Kleinstaat, der durchaus als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus zu unterstützen ist, zum Brückenkopf der US-Imperialismus werden ließ (vgl. Kloke 2010: 80).

jüngster Zeit ist der antizionistische Antiimperialismus besonders in einem linksalternativen akademischen Milieu anzutreffen. Dort vollzieht sich eine „Verbindung von postmodernen Weltbildern mit einem antiimperialistischen Anspruch“ (Salzborn: 98). Besonders aktiv in seiner Verbreitung zeigen sich postkoloniale und antirassistische Bewegungen und Akteure (vgl. ebd.). Diese zeichnen sich in weiten Teilen durch einen „antiuniversalistischen Kulturrelativismus“ (Rensmann 2007: 176) aus, der jede Artikulation von universalistischen Freiheits- und Gleichheitsansprüchen als westliche und ‚weiße‘ Herrschaftsideologie kritisiert. Israel wird in diesem Zusammenhang als Inbegriff eines rassistischen und kolonialistischen Staates wahrgenommen, da es sich um einen „Staat der Aufklärung, ein an Freiheit und Gleichheit orientiertes politisches System“ (Salzborn 2018: 141) inmitten einer Region, die historisch von Despotie geprägt ist, handelt. Dabei kommt es zu einer diskursiven Verschiebung. Israel wird nicht mehr als imperialistischer Brückenkopf, sondern als „treibende Kraft hinter dem neokolonialen Weltsystem“ (Edthofer 2017: 421) dargestellt.

Die postmoderne Form des israelbezogenen Antisemitismus wird auch bei der BDS Bewegung zu beobachten sein. Um dies nachzuweisen, werden die Forderungen und Behauptungen der Kampagne in Kapitel 5 sowie die Annäherungsversuche von BDS an die antirassistische Bewegung in Kapitel 8.3. genauer untersucht. Doch zunächst sollen die historischen Ursprünge der Kampagne näher betrachtet werden.

Geschichte der BDS-Kampagne: Die Durban-Strategie

Der Boykott von Juden stellt historisch einen wesentlichen Bestandteil des Antisemitismus dar. Bereits im Mittelalter war es üblich, Juden von Christen zu isolieren, ihnen zu verbieten, am normalen sozialen Leben teilzunehmen oder eben ihre Geschäfte zu boykottieren (vgl. Hirsh 2017: 95). Auch die Nationalsozialisten verfolgten in der Anfangsphase ihrer Herrschaft eine Strategie des Boykotts, die die Isolation der in Deutschland lebenden Juden vorantreiben sollte. Der Staat Israel sah sich seit der Staatsgründung 1948 immer wieder mit Boykottaufrufen aus der arabischen Welt konfrontiert,⁶ besonders im Zuge der Antinormalisierungskampagne, die die Arabische Liga nach dem verlorenen Sechstagekrieg 1967 fuhr.⁷ Es zeigt sich also, dass sowohl der Boykott gegen Juden als auch gegen Israel eine lange Geschichte hat, an die BDS anknüpfen konnte. Im Folgenden soll die Entstehung der Kampagne nachgezeichnet werden.

⁶ Die ersten Boykotterklärungen gegen Juden im palästinensischen Mandatsgebiet traten bereits in den 1890er-Jahren auf (vgl. Becker 2016: 16), also vor der Staatsgründung Israels. Dabei handelte es sich zunächst um ein strategisches Mittel unter vielen in den damaligen Territorialkonflikten. In den 1920er-Jahren beschloss der palästinensisch-arabische Kongress, der als inoffizielles Selbstverwaltungsgremium der Araber im Mandatsgebiet Palästina fungierte, einen Boykott des Jischuw, der prästaatlichen jüdischen Gemeinschaft dort. Der Boykott entfernte sich allerdings von einer politischen Maßnahme im Kampf um die Vormachtstellung in dem Gebiet und wurde mit dezidiert antisemitischer Absicht geführt. Das verdeutlicht der große Einfluss des Muftis von Jerusalem, Muhammad Amin el-Husseini. Er galt als glühender Anhänger des Nationalsozialismus und versicherte dem deutschen Generalkonsul in Palästina bereits kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933, dass die Muslime mehr als bereit seien an einem antijüdischen Boykott teilzunehmen (vgl. ebd.).

⁷ Diese stand unter dem Motto der Khartum-Resolution, die nach dem Sechstagekrieg 1967 verabschiedet wurde, den 3-Neins: KEIN Frieden mit Israel – KEINE Anerkennung Israels – KEINE Verhandlungen mit Israel.

Die BDS-Kampagne beruft sich darauf, dass sie aus einem Aufruf der „palästinensischen Zivilgesellschaft“ zum Boykott Israels aus dem Jahr 2005 hervorging (vgl. BDS 2005). Dieser markiert jedoch nicht den tatsächlichen Beginn der Kampagne. Eigentlich wurde die Kampagne bereits 2001 im südafrikanischen Durban vorbereitet und initiiert. Dort hielten die Vereinten Nationen im September eine *Weltkonferenz gegen Rassismus* ab. Es war die dritte Konferenz dieser Art nach zwei Konferenzen in Genf Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre. Diese beschäftigten sich hauptsächlich mit dem Kampf gegen die Apartheid in Südafrika, arbeiteten aber auch mit der Behauptung, dass Zionismus mit Rassismus gleichzusetzen sei (vgl. Markl 2017: 50). Organisiert von der damaligen UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, wurde die Durban-Konferenz wie für UN-Konferenzen üblich, in mehreren Vorbereitungstreffen auf der ganzen Welt erarbeitet. Zunächst schien man sich mit wichtigen Fragen eines zeitgenössischen Rassismus „from the legacy of slavery to the need to confront the global resurgence of anti-Semitism“ (Lantos 2002: 34) zu beschäftigen. Außerdem wurde versucht, eine erneute Uminterpretation der Konferenz zum Zwecke der Delegitimierung und einseitigen Verurteilung Israels zu unterbinden. Dies funktionierte allerdings nur bei den ersten vorbereitenden Regionalkonferenzen. Im Februar 2001 fand das vierte Vorbereitungstreffen ausgerechnet in Teheran, der Hauptstadt des iranischen Regimes, statt. Der Iran macht keinen Hehl aus seinen Absichten, Israel zu vernichten (vgl. dazu u.a. Grigat 2017; Marz 2014) und finanzierte Anfang der 2000er-Jahre islamistische Terrororganisationen, die im Zuge der zweiten Intifada zahlreiche Terroranschläge auf die israelische Zivilbevölkerung verübten. Schon vor dem Treffen waren die Intentionen des iranischen Regimes absehbar, als es das *Simon-Wiesenthal-Center* und andere jüdische NGOs auslud. Auch Israels Teilnahme an der Konferenz wurde verhindert (vgl. Lantos 2002: 35).⁸ Das von der Regionalkonferenz veröffentlichte Paper offenbarte, wie die Konferenz in ein Instrument der Israelfeindschaft umgewandelt werden sollte. Dort sind dieselben Anschuldigungen gegen Israel zu lesen, die auch die BDS-Kampagne später vorbringen sollte: Israel sei ein Apartheidstaat, führe „ethnische Säuberungen an den Palästinensern“ (Markl 2017: 52) durch und mache sich „Verbrechen gegen die Menschheit“ (ebd.) schuldig. Die *Organisation für islamische Zusammenarbeit* (OIC) sorgte dafür, dass diese Passagen auch in die offizielle Deklaration der Weltkonferenz gegen Rassismus, die in Genf im Juni 2001 verabschiedet wurde, aufgenommen wurden. Es ist nicht verwunderlich, dass sich die *Weltkonferenz gegen Rassismus* in ein antiisraelisches Spektakel verwandelte, wie es unter anderem vom Iran gezielt provoziert wurde. Bei der Konferenz sprach etwa der damalige Vorsitzende der PLO, Jassir Arafat, davon, dass Israel eine rassistische und kolonialistische Verschwörung gegen das palästinensische Volk sei (vgl. Lantos 2002: 46).

Parallel zur UN-Konferenz fand in Durban auch eine Versammlung zahlreicher Nichtregierungsorganisationen statt. Dort wurden Juden offen antisemitisch angegangen, Panels zum Thema Antisemitismus wurden von pro-palästinensischen Aktivisten gestürmt und Menschen, die dagegen protestierten, als ‚Zionist pig lovers‘ oder ‚Jewlovers‘ diffamiert (vgl. Hirsh 2017: 141 f.). Der Zusammenhang dieser Konferenzen mit BDS lässt sich anhand der Abschlusserklärung der NGO-Konferenz nachvollziehen. Dort wird in den Paragraphen 424 und 425 zur Gründung einer internationalen Anti-Israel-Apartheid Bewegung aufgerufen wird:

⁸ Israel wurde nicht direkt ausgeschlossen, dafür setzte sich die UN-Hochkommissarin ein, doch den israelischen Delegierten wurde kein Visum für den Iran ausgestellt. Eine gängige Praxis des Regimes, das Israel bis heute nicht als souveränen Staat anerkennt.

- „424 *Call for the launch of an international anti Israeli Apartheid movement as implemented against South African Apartheid through a global solidarity campaign network of international civil society, UN bodies and agencies, business communities and to end the conspiracy of silence among states, particularly the European Union and the United States.*
- 425 *Call upon the international community to impose a policy of complete and total isolation of Israel as an apartheid state as in the case of South Africa which means the imposition of mandatory and comprehensive sanctions and embargoes, the full cessation of all links (diplomatic, economic, social, aid, military cooperation and training) between all states and Israel. Call upon the Government of South Africa to take the lead in this policy of isolation, bearing in mind its own historical success in countering the undermining policy of ‘constructive engagement’ with its own past Apartheid regime”*
(World Conference against Racism – NGO FORUM DECLARATION 2001)

Diese Paragraphen der Abschlusserklärung gleichen dem Aufruf der ‚palästinensischen Zivilgesellschaft‘ bis auf einige Umformulierungen stark.⁹ Doch es gibt noch weitere Anhaltspunkte dafür, dass BDS sich schon früher konstituierte und von anderen Akteuren initiiert wurde, als behauptet wird. Der britische Soziologe David Hirsh hat herausgefunden, dass erste akademische und kulturelle Boykottversuche, wie sie zur Strategie von BDS gehören, schon 2002, also kurz nach der Durban-Konferenz angestrebt wurden und zwar nicht von Akteuren der palästinensischen Zivilgesellschaft, sondern von britischen Antizionisten (vgl. Hirsh 2017: 98). Diese reisten zwischen 2003 und 2005 in die palästinensischen Autonomiegebiete, um bestimmte palästinensische Akteure zu überzeugen, dass ein Boykott die richtige Strategie sei (vgl. ebd.). Einen weiteren Beweis liefert ein Diskussionspanel an der *School of Oriental and African Studies* 2016 in London. Dort reagierte der israelische BDS-Unterstützer Ilan Pappé auf die Aussage, dass BDS von den Palästinensern im Jahr 2005 ins Leben gerufen wurde, wie folgt:

“‘Yes, yes,’ replies Pappé. [...] ‘Not really, but yes. OK. For historical records, yes’. Ruba Salih (die Moderatorin, J.A.) [...] makes clear: ‘That’s important’. Pappé replies to her [...]: ‘It’s not true but it’s important’” (Collier 2016, zit.n. Hirsh 2017: 101)

Doch warum wird bei dieser Beweislage die Behauptung, dass die BDS-Kampagne von der palästinensischen Zivilgesellschaft initiiert wurde, immer noch aufrechterhalten? Aus Gründen der Legitimation. Durch das passive Antworten auf einen Hilferuf der Unterdrückten wirkt der Boykott wie eine schicksalshafte Verpflichtung (vgl. Hirsh 2017: 99), die nicht hinterfragt werden darf. Außerdem wird eine Nähe zur Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika hergestellt, da auch diese die Staatengemeinschaft in einem zivilgesellschaftlichen Aufruf zu einem Boykott des Staates aufgefordert hat.

⁹ Man vergleiche den Paragraphen 425 mit folgender Passage aus dem BDS-Aufruf: „In view of the fact that people of conscience in the international community have historically shouldered the moral responsibility to fight injustice, as exemplified in the struggle to abolish apartheid in South Africa through diverse forms of boycott, divestment and sanctions; and Inspired by the struggle of South Africans against apartheid and in the spirit of international solidarity, moral consistency and resistance to injustice and oppression” (BDS 2005). Bis auf einige Änderungen (z.B.: die Regierung Südafrikas soll den Boykott nicht mehr initiieren, sondern man soll sich vom südafrikanischen Kampf inspirieren lassen), gleichen sich die Texte inhaltlich. Auch der starke Bezug auf die UN als Legitimationsinstanz des Antizionismus findet sich in beiden Dokumenten. Ebenfalls zu finden sind die Hauptforderungen von BDS: Ende der Besatzung, gleiche Rechte für Palästinenser und Rückkehrrecht für Flüchtlinge (vgl. §419).

Es lässt sich also feststellen, dass BDS nicht ursprünglich auf eine zivilgesellschaftliche Initiative der Palästinenser zurückgeht, sondern im Zusammenhang mit einer NGO- und UN-Konferenz gegen Rassismus, die die OIC-Staaten und antiisraelische NGOs unter den Augen der UN-Verwaltung in eine Veranstaltung zur Dämonisierung Israels verwandelt wurde, entstand.

Forderungen von BDS

Um die BDS-Kampagne zu verstehen, muss man sich mit ihren Maximalforderungen beschäftigen. Sie sind vereint in eben jenem angeblichen „Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft“ (BDS 2005).

Beendigung der „Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes“

Die erste Forderung behandelt die Beendigung der „Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes“ (ebd.). Dabei ist nicht klar, was mit „allem arabischen Land“ gemeint sein soll. Im Aufruf des deutschen BDS-Ablegers steht zwar, dass damit die im Sechstagekrieg 1967 durch Israel besetzten Gebiete gemeint sind (vgl. BDS-Deutschland 2015/2019), in der internationalen Version, auf die sich eigentlich berufen wird, ist der Hinweis auf den Sechstagekrieg allerdings nicht enthalten. Es kann also mit der Besetzung arabischen Landes genauso der Staat Israel als Ganzes gemeint sein, womit indirekt seine Zerstörung gefordert wird. Diese Lesart verdichtet sich, wenn man sich Aussagen führender BDS-Aktivist*innen anschaut. Omar Barghouti, einer der bekanntesten Fürsprecher der Kampagne, sagt unter anderem, dass „[a] Jewish state in Palestine in any shape or form cannot but contravene the basic rights of the indigenous Palestinian population and perpetuate a system of racial discrimination that ought to be opposed categorically [...]. Definitely, most definitely we oppose a Jewish state in any part of Palestine“ (Barghouti 2013). Damit fordert Barghouti das Ende Israels. Auch der amerikanisch-libanesische Politikwissenschaftler As'ad AbuKhalil, der ebenfalls BDS unterstützt, gibt offen zu, dass „the real aim of BDS is to bring down the state of Israel“ (AbuKhalil 2012).¹⁰ Dass die Bestimmungen des ‚besetzten Gebietes‘ schwammig gehalten werden, muss man als bewussten strategischen Schachzug einschätzen. So können sowohl Anhänger einer Zwei-Staaten-Lösung als auch Anhänger einer Ein-Staat-Lösung, oder besser einer „Kein-Staat-Israel-Lösung“ (Feuerherdt 2016b: 6), unter dem Banner von BDS mobilisiert werden. Besonders in Deutschland ist es öffentlich weitestgehend verpönt, neben einem unverhohlenen Antisemitismus auch einen allzu offenen Hass auf Israel zu vertreten. Dieser muss als ‚Israelkritik‘ co-dierte werden, die dann eben nicht direkt die Zerstörung Israels fordert, sondern zunächst die öffentlich akzeptierte Forderung nach der Rückgabe der besetzten Gebiete stellt.

¹⁰ Man könnte noch viele weitere Beispiele aufzählen. Eins scheint aber noch besonders angebracht, denn es zeigt, dass auch die deutschen BDS-Aktivist*innen nicht moderater sind als die US-amerikanischen oder britischen. Auf der Internationalen Tourismus-Börse 2017 in Berlin veranstaltete BDS eine Kundgebung gegen Israel unter dem Motto „100 Years of Settler-Colonialism“, was auf die 1917 veröffentlichte Balfour-Deklaration anspielt, in der die Briten der zionistischen Weltorganisation eine jüdische Heimstätte in Palästina in Aussicht stellen. Es zeigt sich also, dass nicht die Besetzungen in Folge des Sechstagekrieges kritisiert werden, sondern das Fundament des jüdischen Staates bekämpft gehört (vgl. Riebe/Mohr 2019).

Gleichzeitig wird allerdings sowohl in der deutschen als auch in der englischen Version der Abriss der „Mauer“ (BDS 2005) gefordert, womit die israelische Sperranlage zur Westbank gemeint ist. Die zunächst humanistisch sich gerierende Forderung, eine bedrohliche Mauer einreißen zu wollen, lässt bewusst den historisch-gesellschaftlichen Kontext, der Israel dazu bewogen hat, eine Sperranlage zu errichten, außen vor. Israel war während der zweiten Intifada Anfang der 2000er-Jahre mit einer ganzen Reihe von Anschlägen (insbesondere Selbstmordanschlägen) durch palästinensische Terroristen von der *Fatah* über die *Palästinensische Befreiungsfront* (Popular Front for the Liberation of Palestine – PFLP) bis zur *Hamas* und dem *Islamischen Jihad in Palästina* (Palestinian Islamic Jihad – PIJ) konfrontiert. Angesichts dieser terroristischen Bedrohungslage, die besonders auf die Zivilgesellschaft abzielte, versuchte Israel, sich wirkungsvoll zu verteidigen, wie es andere Staaten auch getan hätten und erbaute die Sperranlage zum Westjordanland. In diesem Kontext ist die Forderung nach einem Abreißen der israelischen Grenzsicherheitsanlage ein Anlegen doppelter Standards an Israel, denn BDS nimmt es kaum einem anderen Staat übel, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Durch das Aussparen dieses Kontexts – und BDS spricht an keiner Stelle von der Bedrohung Israels durch den palästinensischen Terror¹¹ – wird ein Bild erzeugt, in dem Israel aus Bösartigkeit eine Sicherheitsanlage installiert hat, die die Palästinenser drangsalieren soll. Dies entspricht nicht der Realität vor Ort und zeugt von einer dämonisierenden Absicht.

„Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit“ anerkennen

Die Weltfremdheit und gleichzeitige Dämonisierung Israels zeigt sich auch in der zweiten Forderung. Diese lautet, dass „[d]as Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit“ (BDS 2005) anerkannt werden soll. Wenn man sich die realen Verhältnisse innerhalb der israelischen Gesellschaft anschaut, scheint diese Forderung mehr als überflüssig. Araber genießen als israelische Staatsbürger die gleichen Rechte wie Juden,¹² denn bei Israel handelt es sich um einen demokratischen Rechtsstaat, der die Gleichheit vor dem Recht als schützenswertes Gut bewahrt. Davon kann in den palästinensischen Autonomiegebieten wiederum nicht die Rede sein. Es kommt zwar auch in Israel zu Fällen von Diskriminierungen durch einzelne Personen oder Institutionen, diese können dafür aber juristisch und durch Druck der Öffentlichkeit bestraft werden.¹³

„Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren“ respektieren, schützen und fördern

Die dritte Forderung verlangt den Schutz, die Förderung und den Respekt vor dem Recht der palästinensischen Flüchtlinge „in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es

¹¹ Dieser wird vielmehr als legitimer Akt der Selbstverteidigung rationalisiert. Der schon zitierte Barghouti sagt unter anderem, dass die Palästinenser das Recht „to resistance in any means, including armed resistance“ (Barghouti zit. n. Anonym 2014) haben.

¹² Der einzige wirklich rechtliche Unterschied ist, dass Araber grundsätzlich vom Militärdienst, der für jüdische Israelis verpflichtend ist, befreit sind. Sie können ihn aber auf freiwilliger Basis leisten.

¹³ Israel hat eine Vielzahl von Anti-Diskriminierungsgesetzen, die verhindern sollen, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer Religion in der Öffentlichkeit benachteiligt werden oder von Dienstleistungen ausgeschlossen sind. Eine Übersicht dieser Gesetze findet sich auf der Website des israelischen Anti-Diskriminierungsbüros (vgl. The National Anti-Racism Coordinator’s Office o. J.)

in der UN-Resolution 194 vereinbart wurde“ (BDS 2005). Auch dies klingt zunächst nach einer respektablen Forderung, da Flüchtlinge angesichts des Elends, das sie erleiden müssen, grundsätzlich gesellschaftliche Solidarität und besonderen Schutz verdient haben. Doch bei der Flüchtlingsfrage im Kontext des israelisch-arabischen Konflikts gibt es einige Besonderheiten, die beachtet werden müssen. Die Palästinenser genießen einen weltweit nahezu einzigartigen Flüchtlingsstatus.¹⁴ Während alle anderen Flüchtlinge der Welt nur als solche gelten, wenn sie auch tatsächlich eine Fluchtbewegung unternommen haben, wird der Flüchtlingsstatus unter den Palästinensern vererbt. Das legt das *Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten* (UNRWA)¹⁵ fest. Dadurch hat sich die Zahl der arabischen Flüchtlinge, die während oder in Folge des Unabhängigkeitskrieges von 1948¹⁶ das heutige Staatsgebiet Israels verlassen haben, von ca. 750.000 auf 5 Millionen erhöht. Israel hat derzeit ca. 9,1 Millionen Einwohner, wovon 6,7 Millionen Juden und 1,9 Millionen nicht-jüdische Araber sind. Angenommen, die 5 Millionen Menschen mit Flüchtlingsstatus würden in die von ihren Vorfahren bewohnten Gebiete zurückkehren und israelische Staatsbürger werden, dann würden sich die Mehrheitsverhältnisse in Israel wesentlich verändern und Juden zu einer Minderheit werden. Damit wäre Israel kein *jüdischer* Staat¹⁷ mehr und der Anspruch des Zionismus, eine sichere Heimstätte für die Juden zu wahren, könnte nicht mehr eingehalten werden. Aufgrund der jüdischen Verfolgungsgeschichte, die in der Shoah ihren negativen Höhepunkt fand, ist Israel als moderner Nationalstaat konzipiert, in dem Juden eben nicht mehr von einer anderen Mehrheit abhängig und deren Willkür ausgeliefert sind. Diese Staatsräson bei gleichzeitiger Bewahrung der Bürgerrechte aller Staatsbürger macht die Besonderheit Israels aus und kann nicht nach einer Seite hin aufgelöst werden. Die Flüchtlingsproblematik dient somit als bevölkerungspolitisches Mittel im Kampf gegen Israel als jüdischen Staat, wessen sich BDS durchaus bewusst ist.¹⁸ Omar Barghouti gibt in einem Interview zu: „a return for refugees would end Israel’s existence as a Jewish state“ (Mustafa 2009).

¹⁴ Nur die Bundesrepublik hatte in Bezug auf den Vertriebenenstatus eine ähnliche Regelung (vgl. Salzborn 2018: 151).

¹⁵ Das UNRWA ist eine ausgesprochen umstrittene Organisation. Nicht nur, dass es sich lediglich um eine einzelne Flüchtlingsgruppe kümmert, während weltweit alle anderen in den Zuständigkeitsbereich des *Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen* (UNHCR) fallen. Es unterhält außerdem nachweislich enge Kontakte zur Terrororganisation Hamas. So gab 2004 der UNRWA-Generalkommissar Peter Hansen offen zu, dass er sich sicher sei, „dass Hamas-Mitglieder auf der Lohnliste der UNRWA stehen“ (Hansen zit. n.: Feuerherdt/Markl 2018: 238). Auch bei den Wahlen der UNRWA-Angestelltenvertretungen 2012 lag die Liste der Terrororganisation vorn (vgl. ebd.: 239). Weiter wird von Gedenkzeremonien für Hamas-Führer in UNRWA-Einrichtungen (vgl. ebd.: 243) und eklatantem Antisemitismus in UNRWA-Lehrmaterialien berichtet (vgl. Yaron 2014).

¹⁶ Die Fluchtbewegung von ca. 750.000 Araber zwischen 1947-1948 wird in der arabischen Welt als „Nakba“ (Katastrophe) bezeichnet. Um sie wird ein Bild ethnischer Säuberungen und israelischer Kriegsverbrechen forciert, wobei die tatsächlichen Ereignisse stark überzeichnet und moralisiert werden. Die ersten Araber, die ihre Häuser verlassen haben, taten dies schon unmittelbar nach dem UN-Teilungsplan von 1947, und zwar freiwillig. Andere folgten dem Aufruf der politischen Führung der Araber, die den anrückenden Armeen Platz schaffen wollten (vgl. Grigat 2014: 18) oder um zu verhindern zwischen die Fronten des Krieges zu geraten (vgl. Rensmann 2013: 17). Zwar kam es vereinzelt zu Vertreibungen durch die jüdischen Kampfverbände, aber „there was no pre-war Zionist plan to expel ‘the Arabs’ from Palestine or the areas of the emergent Jewish State; and the Yishuv did not enter the war with a plan or policy of expulsion“ (Morris 2003: 588).

¹⁷ Das Verhältnis von Staatlichkeit und Religion in Israel ist äußerst komplex. Die israelische Staatslegitimation ist zwar eng an religiöse Traditionen und Vorstellungen gebunden, dennoch ist „[d]as moderne Israel [...] weit davon entfernt, von religiösen Akteuren oder Strukturen dominiert zu werden“ (Mahla 2018). Israel als jüdischer Staat ist also nicht vergleichbar mit islamischen Gottesstaaten wie dem Iran, sondern „[d]ie meisten Juden sehen in Israel einen jüdischen Staat im Sinne eines Gemeinschaftswesens für Juden“ (ebd.).

¹⁸ In der Forderung zeigt sich auch ein absichtsvolles Missverstehen der UN-Resolution 194 (III). Diese wird von antiisraelischen Kräften als Garant des ‚Rückkehrrechts‘ gelesen. Doch Resolutionen der UN-Generalversammlung haben keinen rechtskräftigen Charakter, sie sind grundsätzlich nicht verbindlich, sondern enthalten nur

Israel – ein Apartheidstaat?

In Bezug auf die Forderungen von BDS ist es angebracht, auf den ubiquitär vorgebrachten Vorwurf der Apartheid gegen Israel einzugehen. Mit dem Vorwurf der Apartheid werden nicht einzelne Fälle von Diskriminierung in Israel oder den umstrittenen Gebieten kritisiert, sondern Israel wird als Ganzes dämonisiert. Der Begriff der Apartheid beschreibt eigentlich einen genauen historischen Gesellschaftszustand, nämlich den Südafrikas ab der Einführung einer Reihe rassistischer Gesetze in den 1940ern, die die weiße Bevölkerungsminderheit von der schwarzen Bevölkerungsmehrheit trennen sollten und in einer rechtlichen Besserstellung Ersterer bzw. Benachteiligung Letzterer resultierten. Es handelt sich dabei also um einen konkreten Begriff, der zeitlich und gesellschaftspolitisch an Südafrika gebunden ist. Nun versucht BDS unter Berufung auf eine UN-Konvention aus den 1970ern, der unter anderem Deutschland, die USA, Großbritannien, Frankreich und Israel nicht zugestimmt haben, den Begriff zu universalisieren und so aus seinem Kontext zu reißen.¹⁹ Es wird zwar behauptet, dass es nicht um einen direkten Vergleich zwischen Südafrika und Israel gehe (BDS o. J.), doch man beruft sich selbst immer wieder auf Südafrika, in dem man sich „[i]nspiziert vom Kampf der Südafrikaner gegen die Apartheid“ (BDS 2005) zeigt. Es muss klar betont werden, dass die Bezeichnung Israels als Apartheidstaat oder das in die Nähe rücken Israels zur Diktatur in Südafrika geschichtsrelativistisch und antisemitisch im Sinne der Definition der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) ist, da hier Israel dämonisiert wird, zwar nicht mit Verweis auf den Nationalsozialismus, aber doch mit der gleichen Intention.²⁰ Der Vorwurf widerspricht weiter der gesellschaftlichen und rechtlichen Realität in Israel und den umstrittenen Gebieten. Israel ist im Gegensatz zum damaligen Südafrika ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat, in dem, wie bereits erwähnt, alle Staatsbürger unabhängig von Glauben, Geschlecht oder Hautfarbe die gleichen Rechte besitzen. In den besetzten Gebieten herrscht zwar das Kriegsrecht, aber von einer systematischen Misshandlung der Palästinenser oder gar von ‚ethnischen Säuberungen‘ kann dennoch nicht gesprochen werden. Da es sich beim Antisemitismus um eine „pathische Projektion“ (Horkheimer/Adorno 2011: 202) handelt, wird diese Realität aktiv verleugnet. Der Vorwurf tut außerdem denjenigen Südafrikanern, die gegen ihren eigenen Staat ihr Recht auf Gleichheit durchgesetzt haben, Unrecht, indem sie für die Agitation von BDS eingespannt werden. Es gibt daher verschiedene südafrikanische Stimmen, die sich der willkürlichen Universalisierung des Begriffs der Apartheid widersetzen (vgl. Nkosi 2017).

Empfehlungen. Daher wird auch in der Resolution 194 lediglich *empfohlen*, „dass den Flüchtlingen, die in ihre Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühesten möglichen Zeitpunkt gestattet werden soll“ (A/RES/194/11). Von einem verbindlichen Recht auf Rückkehr lässt sich in der entsprechenden Resolution nichts finden (vgl. Feuerherdt/Markl 2018: 104).

¹⁹ Eine ähnliche Umdeutung nahmen antizionistische Kräfte vor BDS mit dem Begriff des Holocausts vor. Resultat war, dass der Staat der Holocaustüberlebenden mit dem nationalsozialistischen Deutschland gleichgesetzt wurde.

²⁰ Den Vorwurf der Apartheid tätigen allerdings nicht nur BDS und andere hartgesottene Antizionisten. Er reicht auch in Deutschland bis in die Mitte der Gesellschaft und in höchste Regierungskreise. Emblematisch zu sehen an den Äußerungen Jakob Augsteins (vgl. Augstein 2013) und Sigmar Gabriels (vgl. Gabriel 2012). Diesen erinnert auch der neueste Friedensplan der US-Administration an Apartheid (vgl. Stahnke 2020).

Akteure und Struktur

BDS ist keine herkömmliche Organisation, sondern eine Kampagne mit Bewegungskarakter, die sich aus einem nicht-hierarchischen Netzwerk verschiedenster Akteure zusammensetzt. Mit einigen dieser Akteure soll sich nun beschäftigt werden.

BDS und die NGOs

Eine wichtige Akteursgruppe, die zugleich die strukturelle Grundlage der Kampagne stellt, sind verschiedenste Nichtregierungsorganisationen, sowohl solche aus dem israelisch-palästinensischen Raum als auch aus der ganzen Welt. Nicht nur geht die bereits erwähnte *Durban-Strategie* auf eine NGO-Konferenz zurück, auch der „Aufruf der palästinensischen Zivilbevölkerung“ selbst wurde von 170 palästinensischen NGOs unterzeichnet. Diese NGOs²¹ werden zu großen Teilen durch Regierungen, Organisationen und Stiftungen aus aller Welt finanziert. *NGO Monitor* schätzt, dass sich die finanziellen Unterstützungen internationaler, israelischer und palästinensischer NGOs, die am Boykott Israels mitarbeiten, auf circa 100 Millionen Euro jährlich belaufen (vgl. *NGO Monitor* 2016: 3). Zum Zeitpunkt der Recherche waren in Deutschland Parteistiftungen wie die *Friedrich-Ebert-Stiftung*, die *Heinrich-Böll-Stiftung* oder die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* sowie kirchliche Initiativen wie *Brot für die Welt* und *Misereor* an der Finanzierung von NGOs, die öffentlich BDS unterstützen, beteiligt.²² Die Stiftungen wurden dabei selbst von Einrichtungen der Bundesregierung finanziert, unter anderem vom Auswärtigem Amt oder dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Auch ohne direkte Unterstützung der BDS-Kampagne sorgen zahlreiche Menschenrechts-NGOs dafür, dass die Kampagne mit antiisraelischen Argumenten gefüttert wird und Anfeindungen gegen Israel als menschenrechtliches Engagement legitimiert werden. So werden nach militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und palästinensischen Kräften von einschlägigen NGOs Berichte veröffentlicht, die Israel schwerste Kriegsverbrechen vorwerfen, während palästinensische Terrorakte systematisch verharmlost werden.²³ Der tatsächliche Wahrheitsgehalt vieler dieser Berichte muss dabei angezweifelt werden. So untersuchen sie die Konflikte von einem lediglich menschenrechtlichen Standpunkt und nicht nach dem in solchen Situationen angemesseneren internationalen Kriegsrecht. Dadurch erscheint „jeder tote Zivilist per se und von vorneherein als Opfer eines Kriegsverbrechens [...], selbst wenn die Handlungen, die zu seinem Tod geführt haben, nach internationalem Kriegsrecht legitim sind“

²¹ Eine Liste der Unterzeichner findet sich auf der BDS-Website als auch auf der Seite von *NGO Monitor*, einer Organisation, die sich mit antiisraelischen NGOs und deren Finanzierung und Unterstützern beschäftigt. Sie legt offen, welche inhaltlichen Schwerpunkte einschlägige NGOs setzen und woher sie ihre finanziellen Mittel beziehen.

²² Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* unterstützt beispielsweise das *Palestinian NGO Network* finanziell, die Dachorganisation palästinensischer NGOs, die gleichzeitig Mitglied im *BDS National Committee* ist. Die *Heinrich-Böll-Stiftung* unterstützt mit *Al-Haq* einen der Unterzeichner des BDS-Aufrufs von 2005. Die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* unterstützt mit der israelischen NGO *Kerem Navot* einen der Initiatoren der BDS-Kampagne gegen *AirBnB* (vgl. *NGO Monitor* 2020).

²³ Alex Feuerherdt und Florian Markl beschreiben ausführlich die Berichte von Amnesty International und Human Rights Watch im Zusammenhang mit dem Antiterrorereinsatz von Jenin im April 2002 und den darin zu lesenden unhaltbaren Anschuldigungen gegen Israel (vgl. Feuerherdt/Markl 2018: 256 ff.).

(Feuerherdt/Markl 2018: 258).²⁴ Durch den massiven Einfluss dieser NGOs auf die Arbeit der Vereinten Nationen werden also antiisraelische Positionen legitimiert, wodurch sich Akteure wie BDS auf die Vereinten Nationen und die mit ihr kooperierenden NGOs als angeblich objektive und moralische Instanzen des Völkerrechts beziehen können, die ihren antiisraelischen Impuls bestätigen.

BDS und der Terror

Eines der zentralen Mitglieder des einflussreichen palästinensischen Arms von BDS, der im 2007 gegründeten *BDS National Committee* (BNC) organisiert ist, ist das sogenannte *Council of Palestinian National and Islamic Forces*. In diesem sind terroristische Gruppen organisiert, die allesamt auf der Liste terroristischer Vereinigungen der EU stehen (vgl. Amtsblatt der europäischen Union 2014): die *Hamas*, der *Islamische Jihad in Palästina* (PIJ), und die *Palästinensische Befreiungsfront* (PFLP). Aus einem Bericht des israelischen Ministeriums für strategische Angelegenheiten geht hervor, dass die Hamas und PFLP circa 30 Mitglieder in leitenden Positionen in BDS-nahen NGOs untergebracht haben (vgl. Kempinski 2019). Die BDS-Bewegung wird also entscheidend von terroristischen Gruppen mitbeeinflusst. Dies widerspricht ganz offensichtlich der Selbstdarstellung von BDS eine friedliche Bewegung zu sein, die den Menschenrechten dient, denn Gruppen wie die Hamas bedrohen nicht nur die Menschenrechte der Israelis, sondern auch die derjenigen Palästinenser, die sich ein friedliches Zusammenleben mit Israel wünschen oder auf andere Art vom islamistischen Weltbild der Hamas abweichen. Von den Verantwortlichen der Kampagne gibt es allerdings grundsätzlich keine Distanzierung vom palästinensischen Terror und dessen Akteuren. Dieser wird vielmehr als ein Akt des zivilen Widerstands verharmlost.

BDS in Deutschland

In Deutschland ist BDS anders aufgestellt als im europäischen und internationalen Ausland. Die verschiedenen BDS-Ortsgruppen verfügen über ein weitaus geringeres Personenpotential als vergleichbare Gruppen in den USA oder Großbritannien, dennoch sind sie in mehreren deutschen Großstädten vertreten. 2009 trat mit BDS-Berlin die erste Gruppe öffentlich in Erscheinung. BDS ist in Deutschland mit einer Reihe von Gruppen verbunden, die sich die Vernichtung des jüdischen Staates wünschen. So zum Beispiel *F.O.R. Palestine (for one state and return)*, die den Boykott als ‚liberale‘ Strategie im Kampf für die „Entzionierung [sic] Palästinas und gegen die zionistische Hegemonie in Deutschland“ (Mohr 2016: 13) ansehen. Außerdem

²⁴ Damit zusammenhängend sind palästinensische NGOs wie das *Palestinian Center for Human Rights* (PCHR) bei Berichten der Vereinten Nationen zum israelisch-palästinensischen Konflikt häufig mit der Erstellung von Statistiken zu den Zahlen getöteter Zivilisten und Kombattanten beauftragt. Die dabei erhobenen Daten sind häufig Anlass für die Verurteilung israelischer Militäraktionen durch die Vereinten Nationen. Sie unterscheiden sich meist drastisch von denen, die das israelische Militär erarbeitet. Diese Differenz rührt daher, dass die israelische Armee unter Kombattanten alle Mitglieder palästinensischer Sicherheitsbehörden, terroristischer Organisationen oder weiterer paramilitärischer Truppen rechnet, die palästinensischen NGOs, allerdings nur jene Verstorbenen als Kombattanten zählt, die zum Zeitpunkt ihres Todes bewaffnet waren (vgl. Feuerherdt/Markl 2018: 261 f.). Somit werden oftmals Mitglieder terroristischer Vereinigungen als Zivilisten gerechnet. Es entsteht der Eindruck, die Zahlen getöteter Zivilisten würde künstlich aufgebläht (vgl. Weinglass 2009), damit die israelischen Militeäreinsätze als „erbarmungslose[r] Krieg gegen Unschuldige und Wehrlose“ (Feuerherdt/Markl 2018: 264) erscheinen.

wird die Bewegung in Deutschland von einer Reihe kleinerer antiimperialistischer Gruppen (beispielsweise den Berliner Trotzisten von *Klasse gegen Klasse*, der Kleinpartei *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* (MLPD) oder dem Landesarbeitskreis *Gerechter Frieden in Nahost Niedersachsen* der Linkspartei), kirchlicher und auch jüdischer und israelischer Gruppen (z.B. *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e. V.* oder die sog. *Jewish Antifa Berlin*) unterstützt. Jüdische und israelische Befürworter sind besonders beliebt, da sie als Vorwand gegen eine Kritik des Antisemitismus herhalten können.²⁵ Es werden allerdings nur Juden und Israelis akzeptiert, die in ihrer Verurteilung Israels ebenso extrem wie die restliche Bewegung sind. Einige dieser Gruppen werden zwar nicht als Unterstützer des deutschlandweiten BDS-Aufrufes (vgl. BDS Deutschland 2019) gelistet und treten auch nicht öffentlich unter dem Label auf, arbeiten aber mit BDS zusammen, sind in ihrer Intention mit der Bewegung identisch oder verteidigen sie öffentlich (vgl. Mohr 2016: 12f.). Weiter schreckt auch die BDS-Kampagne in Deutschland nicht davor zurück, gemeinsame Sache mit palästinensischen Terroristen zu machen. So organisierte BDS-Berlin im März 2019 eine Veranstaltung, bei der die verurteilte PFLP-Terroristin Ramea Odeh auftreten sollte (vgl. Fröhlich 2019a). Die Veranstaltung wurde allerdings abgesagt, nachdem die Berliner Senatsverwaltung für Inneres Odeh ihr Visum entzogen hatte (vgl. Fröhlich 2019b).

BDS-Aktivität

Boycott, Divestment, Sanctions

Mit der BDS-Strategie werden drei vorrangige Ansatzpunkte gewählt, um Israel international zu isolieren. Der Boykott betrifft alle israelischen Produkte, Kultureinrichtungen und akademischen Institutionen. BDS ruft dazu auf, israelische Produkte nicht zu kaufen und versucht Geschäfte dazu zu bringen, diese aus dem Sortiment zu entfernen. Dazu werden gezielt öffentlichkeitswirksame Aktionen durchgeführt. So wird etwa vor Geschäften von Unternehmen demonstriert, die laut BDS besonders eng mit Israel zusammenarbeiten. In jüngerer Zeit waren etwa der Elektronikhersteller *Hewlett-Packard* (HP) oder der Sportartikelhersteller *Puma* betroffen. Aber auch israelische Unternehmen, insbesondere solche, die in jüdischen Siedlungen im Westjordanland tätig sind, etwa die Firma *SodaStream*, stehen im Fokus.²⁶ Die von BDS initiierten Boykotte haben jedoch keine wesentlichen Konsequenzen für die israelische Wirtschaft.²⁷ Wirtschaftlicher Schaden ist allerdings auch nicht das vorrangige Ziel der Kampagne, sondern ihr kommt es darauf an, den politischen Druck auf Israel zu erhöhen, der eine Beschädigung des Ansehens Israels und die internationale Isolierung des Staates zur Folge haben soll.

²⁵ Diese Legitimierungsstrategie speist sich aus der postmodernen Sprechort-Ideologie, die Aussagen nicht mehr an ihrem Wahrheitsgehalt misst, sondern nur an der Identität des Sprechenden und dem damit verbundenen ‚Sprechort‘ in der Gesellschaft (vgl. Salzborn 2018: 107). Antisemitische Äußerungen werden dann durch den Verweis auf das eigene jüdisch Sein oder die Zusammenarbeit mit jüdischen Menschen relativiert. Es muss dagegen betont werden, dass Antisemitismus nicht an der Identität des Antisemiten gemessen werden sollte, sondern an dem objektiv feststellbaren antisemitischen Gehalt seiner Aussagen und Taten.

²⁶ SodaStream hat aufgrund des öffentlichen Drucks seine Produktionsstätten im Westjordanland geschlossen, was zur Folge hatte, dass 500 Palästinenser ihren Arbeitsplatz dort verloren (vgl. Enghusen 2018).

²⁷ Eine Studie des israelischen Ministeriums für strategische Angelegenheiten von 2017, die sich mit dem Einfluss von BDS auf israelische Unternehmen beschäftigt, stellte fest, dass der Schaden, den die israelische Wirtschaft durch Boykotte verbucht, sich auf 0,004 % beläuft (vgl. Reuter 2018).

Desinvestition meint, dass internationale Unternehmen, die in Israel oder israelischen Siedlungen produzieren, dazu aufgefordert werden, dies zu unterlassen und getätigte Investitionen nach Israel zurückzuziehen, sowie jegliche Zusammenarbeit mit Israelis zu unterbinden. Sanktionen sollen von den Staaten der Vereinten Nationen und den Vereinten Nationen selbst gegen Israel verhängt werden.²⁸

Akademischer Boykott

Der Boykott Israels findet besonders im akademischen Bereich statt. Schon die ersten Boykotte, die sich an der Durban-Strategie orientierten, aber noch nicht unter dem Label BDS liefen, stammten von britischen Akademikern. Es waren zunächst Einzelpersonen, die dazu aufriefen, israelische Universitäten zu boykottieren, Israelis die Tätigkeit an ihren Lehrstühlen zu verwehren oder in ihren Zeitschriften zu publizieren (vgl. Hirsh 2017: 100ff.). Ihre hauptsächliche Strategie war es, die britische Hochschullehrergewerkschaft *AUT* zu überzeugen, offizielle Boykotte gegen israelische Universitäten auszurufen.

Die Boykottkampagnen behaupten von sich selbst, nicht vorrangig Israelis zu boykottieren, sondern lediglich israelische Institutionen und damit den israelischen Staat. Es wird beteuert, dass Israelis dennoch die Möglichkeit gegeben wird, in der akademischen Welt mitzuwirken. Dies muss bezweifelt werden. Israelis, die vom akademischen Boykott nicht betroffen sein wollen, sehen sich gezwungen, einen „loyalty test“ (Cohen 2006 zit. n. Hirsh 2017: 105) abzugeben. Es wird also von Israelis und teilweise auch von Juden, die gar nicht in Israel leben, verlangt, sich vom Staat Israel zu distanzieren, damit sie im akademischen Zusammenhang überhaupt anerkannt werden. Weiter kann in der akademischen Welt keine Institution boykottiert werden, ohne dass Privatpersonen davon ebenfalls betroffen sind, da zwischen Wissenschaftlern und Universitäten eine nicht zu trennende Verbindung herrscht. Die Universität sorgt dafür, dass Wissenschaftler überhaupt die Möglichkeit haben zu forschen und am internationalen akademischen Diskurs teilzunehmen. BDS boykottiert nun Wissenschaftler, wenn sie finanzielle Unterstützung vom israelischen Staat erhalten, also auch wenn diese von den Universitäten kommt. Damit stellt der Boykott israelischer Universitäten unweigerlich eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit israelischer Wissenschaftler dar (vgl. Stögner 2018: 34). Sie werden in Kollektivschuld genommen, allein aus dem Grund, dass sie an einer israelischen Universität angestellt sind.

An Universitäten im englischsprachigen Raum sind solche Boykottkampagnen besonders weit verbreitet. Jährlich findet vielerorts beispielsweise eine *Israeli Apartheid Week* statt. Die Strategie BDS-naher Studentengruppen beläuft sich meist darauf, mit anderen Studentengruppen, in der Regel solchen, die Minderheiten repräsentieren oder sich selbst als politisch progressiv verstehen, Koalitionen einzugehen, um in den Studierendenvertretungen der jeweiligen Hochschulen Boykotterklärungen gegen Israel zu erwirken (vgl. StandWithUs o. J.: 4). Diese Vormachtstellung stellt für jüdische Studierende unabhängig ihrer Position zu Israel ein schwerwiegendes Problem dar. Laut einer Studie der *AMCHA Initiative* aus dem Jahr 2015

²⁸ Israel ist schon jetzt der meistverurteilte Staat durch die UN. Die Zahlen der Verurteilungen Israels in den verschiedenen UN-Gremien wie dem Menschenrechtsrats sind geradezu absurd. Seit der Gründung des Gremiums 2006 bis zum Jahr 2015 wurde Israel 62-Mal verurteilt, während alle anderen Länder zusammen nur 55-Mal verurteilt wurden (vgl. Pfahl-Traugber 2019).

herrscht eine hohe Korrelation zwischen dem Anstieg antisemitischer Vorfälle und dem akademischen Boykott Israels an amerikanischen Hochschulen (vgl. AMCHA Initiative 2015). So gab es an 81 % der Hochschulen mit mindestens einer Fakultät, die Israel boykottiert, antisemitische Vorfälle, während es unter Hochschulen, an denen keine derartigen Bestrebungen existieren, 17 % waren. An 56 % der Hochschulen mit BDS-Aktivität kam es zu physischen Angriffen auf jüdische Studenten, während solche ‚nur‘ an 23 % der Hochschulen ohne BDS-Aktivität zu verzeichnen waren. Es lässt sich also empirisch feststellen, dass der Boykott Israels an US-Hochschulen auch dazu führt, dass Juden vom Campusleben ausgeschlossen, angefeindet und im schlimmsten Fall sogar angegriffen werden (vgl. Feuerherdt 2016a: 23).

BDS im Kontext sozialer Bewegungen

Neben eigenen Aktionen schließt sich BDS häufig anderen sozialen Bewegungen an, besonders solchen, die als progressiv und links gerichtet gelten. Man versucht, sich damit aus dem Nahost-Themenfeld zu lösen und in einen weiteren gesellschaftlichen Rahmen einzutreten (vgl. Mohr 2015: 16). Besonders wird die Nähe zu antirassistischen Zusammenhängen gesucht, so beteiligte sich „BDS Berlin [...] beispielsweise 2015 mit Veranstaltungen und einem Infostand beim Berliner ‚Festival gegen Rassismus‘“ (ebd.), aber auch an der traditionellen Demonstration zum *Revolutionären 1. Mai*. Die *Israeli Apartheid Week 2020* wurde unter dem Stichwort „United Against Racism“ (BDS 2020) und zeitgleich mit dem *Internationalen Tag zur Eliminierung rassistischer Unterdrückung* veranstaltet. Israel wird im Aufruf unter anderem bezichtigt, an der Diskriminierung von Asylbewerbern und Migranten durch eine Zusammenarbeit mit den US-amerikanischen Polizei- und Zollbehörde (United States Immigration and Customs Enforcement – ICE) mitzuwirken (vgl. ebd.). Aktuelle linke Diskurse, etwa zur Flüchtlingsfrage, werden also von BDS mit einem antiisraelischen Ressentiment beladen, indem Israel als Vorreiter eines international grassierenden Rassismus dargestellt wird. Auch wird versucht, die weitverbreitete Kritik am Rechtspopulismus antiisraelisch zu unterfüttern. So sind im Titelbild der diesjährigen *Apartheid Week* (vgl. BNC 2020) Bilder des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu zu sehen, wie er verschiedenen Staatsoberhäuptern, die gemeinhin als Rechtspopulisten gelten, die Hand schüttelt. Es wird eine Verschwörung des „rechtsextremen israelischen Regimes“ (BDS Berlin 2020) mit anderen als rassistisch oder rechtsextrem bezeichneten Regierungen behauptet, die Israel „mit tödlichen Militär- und Sicherheitstechnologien versorgt“ (ebd.). Damit wird Israel zum geheimen Strippenzieher hinter dem komplexen global-gesellschaftlichen Phänomen des Aufstiegs des Rechtspopulismus erklärt, dass es durch Waffenlieferungen und Grenzschutztechnologien insgeheim befeuert. Man hat es hier mit einer inhaltlichen Neukonfiguration des linken Antizionismus zu tun.²⁹ Während dieser in den 1970ern und 1980ern noch auf eine Verurteilung Israels als Brückenkopf des US-Imperialismus abzielte, hat sich mit der Veränderung des gesamtlinken Feindbilds vom (Neo-)Imperialismus hin zum Rechtspopulismus also auch die von Teilen des Spektrums getätigte Anfeindung Israels gewandelt. Die Veränderung der politischen Rhetorik führt aber nicht zu einer Veränderung der „Logik des Ressentiments“ (Edthofer 2017: 421).

²⁹ Diese Verschiebung lässt sich auch im Bericht der AMCHA-Initiative zum Antisemitismus und Antizionismus an amerikanischen Universitäten 2019 festhalten. Dort wurde festgestellt, dass der Vorwurf „that Israel is engaging in, or Zionism is a form of, ‚white supremacy‘“ (AMCHA 2019: 12) im Vergleich von 2017 zu 2018 147 % häufiger aufkam.

BDS will sich in ihren Aktionen also als Menschenrechtsgruppe, die essentiell zum linken und progressiven politischen Lager dazugehört und Israel umgekehrt als größten Menschenrechtsverletzter und rassistischen Staat der Rechtspopulisten darstellen. Dafür wird die antiisraelische Rhetorik um Versatzstücke aktueller Diskurse erweitert. Die Reaktionen der linken Szene darauf sind länderspezifisch. Während es im englischsprachigen Raum zumeist zu Solidaritätsbekundungen kommt, gibt es in Deutschland zumindest Teile der Linken, die sich kritisch mit der Kampagne auseinandersetzen und ihren antisemitischen Gehalt reflektieren.

Politische und öffentliche Reaktionen auf BDS

Abschließend sollen einige wesentliche BDS betreffende politische Entscheidungen in Deutschland untersucht werden und die daraus resultierenden öffentlichen Reaktionen auf den politischen Umgang mit der Kampagne nachvollzogen werden.

Boykotterklärungen sind in Deutschland durch die Außenwirtschaftsverordnung seit 1992 untersagt (vgl. AWV §7), damit wurde auf eine Tendenz deutscher Firmen reagiert, Boykottklauseln gegen Israel in Verträgen mit arabischen Firmen zu unterzeichnen. Die ersten politischen Reaktionen auf BDS-Aktivitäten in Deutschland fanden auf regionaler Ebene statt. So beendete die Stadt München Ende 2015 jede städtische Unterstützung für BDS-Veranstaltungen, nachdem es zu Kritik an der kostenlosen Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten für eine Boykott-Veranstaltung der *Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe* kam (vgl. Mohr 2016: 16). Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main untersagte im August 2017 jegliche städtische Zusammenarbeit mit Unterstützern der Kampagne und damit die Zurverfügungstellung städtischer Räumlichkeiten und finanzieller Zuschüsse (vgl. Kauschke 2017). Im September desselben Jahres ließ der Berliner Regierende Bürgermeister ein ähnliches Verbot rechtlich prüfen. Die Bundesregierung sah 2015, in Bezug auf Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, noch keinen Handlungsbedarf gegenüber BDS (vgl. BT-Drs. 18/4173: 16). Ein Jahr später gaben Vertreter aller Bundestagsfraktionen eine Verurteilung der Kampagne als antisemitisch oder dem Antisemitismus „gefährlich nahe“ (Griese zit. n.: Anchuelo 2016) ab, damit sollten allerdings noch keine gesetzlichen Maßnahmen gegen BDS eingeleitet werden. Dies wurde zu diesem Zeitpunkt als „unverhältnismäßig, sprich: überzogen“ (Pau zit. n.: ebd.) oder zumindest „schwierig“ (Connemann zit. n.: ebd.) umzusetzen eingeschätzt. Als aber die BDS-Aktivität ab 2016 in Deutschland zunahm, verabschiedete eine Bundestagsmehrheit (CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne) im Mai 2019 einen Antrag, der der „BDS-Bewegung entgegentreten“ (BT-Drucks. 19/10191: 1) sollte. In diesem begrüßt der Bundestag die von verschiedenen Städten und Gemeinden getroffenen Maßnahmen gegen BDS, dies soll auch für Räumlichkeiten gelten, die unter Bundestagsverwaltung stehen. Auch wird die Bundesregierung aufgefordert, „keine Veranstaltungen der BDS-Bewegung oder von Gruppierungen, die deren Ziele aktiv verfolgen, zu unterstützen“ (ebd.: 2). Es wird weiter angegeben, dass die BDS-Kampagne „inakzeptabel und scharf zu verurteilen“ (ebd.) sei, wobei klar festgehalten wird: „Die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung sind antisemitisch“ (ebd.). Die Fraktionen der Linken und der AfD brachten jeweils eigene Anträge ein, die ebenfalls die BDS-Kampagne verurteilten, aber darüber hinaus andere Schwerpunkte setzten.³⁰

³⁰ Die Linke betont in ihrem Antrag die Bedeutung einer „friedliche[n] Lösung“ (BT-Drucks. 19/10261: 1) des Nahostkonfliktes. Außerdem wird BDS im Antrag der Linken nicht explizit als antisemitisch bezeichnet, sondern

BDS Deutschland startete nach der Verabschiedung des Beschlusses eine Gegenkampagne, in der dieser als „Angriff auf internationales Recht“ (Redaktion bds-kampagne.de 2019) dargestellt wurde, da man sich nach eigener Selbstdarstellung lediglich um die Umsetzung internationalen Rechts für die Palästinenser kümmere. Auch wird den Abgeordneten, die für den Beschluss stimmten, vorgeworfen, dass „[f]ür sie [...] die Unterstützung der Politik Israels über allem, auch über dem Grundgesetz [steht]“ (ebd.), womit der antisemitische Vorwurf der mangelnden Loyalität gegenüber dem Vaterland und unbedingter Loyalität gegenüber der imaginierten ‚jüdischen Weltverschwörung‘ hier auf die Kritik am israelbezogenen Antisemitismus übertragen wird. Unterstützt werden sollte die Verteidigung der BDS-Kampagne durch einen „Aufruf an die Bundesregierung von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftler“ (Anonym 2019: 1), der fordert, dass BDS nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden darf. Inhaltlich wird in diesem die BDS-Linie, dass man sich lediglich auf das Völkerrecht berufe, Antisemitismus als Form von Rassismus ablehne und dass hinter Kritik an antiisraelischem Antisemitismus lediglich das Interesse der israelischen Regierung stehe (vgl. ebd.: 1 f.), direkt übernommen. Man kann davon ausgehen, dass dieser Aufruf lediglich eine Legitimation der BDS-Kampagne durch jüdische und israelische Personen anstrebt. Aber nicht nur die BDS-Kampagne selbst reagierte gereizt auf den Bundestagsbeschluss. Eine Reihe von Tageszeitungen, Magazinen und Radiosendern, die man häufig unter dem Begriff „Qualitätsmedien“ (Schubert 2019: 133) subsumiert, veröffentlichten Artikel, Kolumnen und Kommentare, in denen Missgunst gegenüber der Bundestagsresolution ausgedrückt wurde. Ebenso äußerten sich Fraktionsmitglieder der Parteien, die den Antrag initiierten. Der Tenor der Beiträge lautet, dass der Beschluss ein wesentlicher Einschnitt in die Meinungsfreiheit sei und dass man die BDS-Kampagne nicht per se mit Antisemitismus gleichsetzen kann. Der Vorwurf der Einschränkung der Meinungsfreiheit ist eine gängige Reaktionsform, um Kritik am Antisemitismus zu delegitimieren. Dazu ist einerseits zu sagen, dass die tatsächliche Einschränkung der Meinungsfreiheit von BDS-Aktivist:innen ziemlich gering sein dürfte, denn diese können sich immer noch frei in der Öffentlichkeit äußern und beispielsweise Demonstrationen abhalten. Andererseits ist es durchaus gefährlich, Antisemitismus als *Meinung* zu behandeln, denn dadurch wird dazu eingeladen, diesen „als Ansichtssache zu verharmlosen“ (Rokahr 2019: 92). Das Argument, dass nicht alle Personen, die BDS unterstützen, auch Antisemiten seien,³¹ geht insofern an der Problematik vorbei, als dass es nicht um die Verurteilung einzelner Personen geht, sondern einer Kampagne. Gleichzeitig müssen sich Unterstützer einer Kampagne, die nachweislich antisemitisch agiert, die Kritik am eigenen Antisemitismus gefallen lassen. Weiterhin wird behauptet, dass der Bundestagsbeschluss „legitime Kritik an der israelischen Regierung als vermeintlich antisemitisch“ (Röttgen/Kiesewetter/Nick zit. n.: Schult/Sydow 2019) diskreditieren würde. Jedoch kann klar festgestellt werden, dass BDS eben keine Kritik an der israelischen Regierungspolitik betreibt, sondern ein Ressentiment gegen den jüdischen Staat Israel im Ganzen hegt. Die mangelnde Unterscheidungsfähigkeit von Kritik und Ressentiment (vgl. Salzborn 2014: 103 ff.) dient also dem Schutz von BDS vor Kritik. Die umstrittenste Reaktion auf den Bundestagsbeschluss stellte

es wird von „Äußerungen und Handlungen aus der BDS-Bewegung, die darauf abzielen, das Existenzrecht des Staates Israel in Zweifel zu ziehen“ (ebd.) gesprochen. Die AfD-Fraktion fordert hingegen ein bundesweites Verbot der Kampagne „zum Beispiel auf dem Wege des Vereinsrechts“ (BT-Drucks. 19/9757: 2) und betont sowohl die historische Zusammenarbeit arabischer Boykottbewegung mit dem Nationalsozialismus als auch die Rolle antiisraelischer NGOs, die teilweise von parteinahen Stiftungen finanziert werden (vgl. ebd.).

³¹ Dieses Argument wird unter anderem von Barbara Unmüßig, der Chefin der Heinrich-Böll-Stiftung, vertreten. Sie sagt in einem Interview mit dem SPIEGEL: „Die Gleichsetzung von BDS-Unterstützern mit Antisemiten geht nicht. Es gibt unbestritten innerhalb der Bewegung antisemitische Aktivitäten und Tendenzen, aber die kann man nicht mit der Bewegung als ganzer gleichsetzen“ (Sydow 2019).

ein *SPIEGEL*-Artikel aus dem Juli 2019 dar, in dem suggeriert wird, dass die Entscheidung durch die „fragwürdigen Methoden“ (Gebauer/Müller/Rödel u.a. 2019) pro-israelischer Lobby-Gruppen herbeigeführt worden sei. Dies führte zur vehementen Kritik, dass damit das antisemitische Klischee einer mächtigen jüdischen Lobby, die die Politik beliebig nach ihren Interessen beeinflusse, bedient wird (vgl. Wolffsohn 2019). Die angeblich fragwürdigen Methoden stellten sich allerdings als routinemäßige Lobbyarbeit heraus.³² Mit diesen Behauptungen wird die imaginierte Opferposition der BDS-Kampagne unterstützt, die sich nun auch durch ein Qualitätsmedium bestätigt sehen kann. Anhand dieser öffentlichen Reaktionen kann man erkennen, dass die BDS-Kampagne, auch wenn sie selten öffentlich unterstützt wird, durchaus israelbezogenen Antisemitismus in der deutschen Öffentlichkeit befördert.

Fazit

In diesem Paper sollte ein Überblick über die Struktur, Ideologie und das Aktionsfeld der BDS-Kampagne gegeben werden. Mithilfe der Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA konnte festgestellt werden, dass die Forderungen von BDS antisemitischen Charakter haben und ihr Ziel nicht die tatsächliche Verbesserung der Situation der Palästinenser, sondern die Zerstörung und Diffamierung Israels ist. Diese wird von BDS nicht auf dem bewaffneten Weg forciert, sondern mit propagandistischen Mitteln, wobei man versucht, sich als Verteidiger der Menschenrechte zu inszenieren. Damit soll nicht nur die eigene Position legitimiert werden, sondern Israel gleichzeitig als Feind der Menschheit und ihrer Rechte dargestellt werden. Die Struktur und Organisation der Kampagne beruht auf einer Melange palästinensischer und internationaler antizionistischer NGOs und Einzelpersonen, aber auch islamistischer und terroristischer Kräfte. Auch in Deutschland scheuen sich BDS-Aktivist*innen nicht vor einer öffentlichen Zusammenarbeit mit terroristischen Gruppierungen wie der PFLP zurück. BDS zeigt sich vor allem im Milieu der postmodernen Linken anschlussfähig, wobei es länderspezifische Unterscheidungen gibt, was die gesellschaftliche Bedeutung von BDS angeht. In Deutschland lässt sich feststellen, dass der tatsächliche Einfluss von BDS zwar noch gering ist, nichtsdestotrotz eine Popularisierung der Kampagne dazu beitragen könnte, bereits vorhandene antizionistische und antisemitische Potentiale in der Gesellschaft zu mobilisieren und zu bestärken. Dies lässt sich nicht zuletzt an ihrer teils vehementen Verteidigung in verschiedenen Medien erkennen. Wenn man diese Ergebnisse betrachtet, ist eine Verurteilung der BDS-Kampagne durch den Bundestag durchaus gerechtfertigt. Diese sollte allerdings kein Lippenbekenntnis sein, sondern praktisch umgesetzt werden, indem etwa NGOs, die den Boykott Israels mitorganisieren, nicht mehr durch deutsche Parteistiftungen finanziert werden oder gegen Boykottklärungen mithilfe der Außenhandelsverordnung als Ordnungswidrigkeiten vorgegangen wird.

³² So kam es zu Parteispenden durch Einzelpersonen, die der *Werteinitiative* nahestehen. Diese werden allerdings auch in anderen Zusammenhängen von anderen Lobby-Gruppen getätigt und sind nicht illegal. Außerdem wurde nur mit einer Handvoll Abgeordneten gesprochen, die tatsächlich für den Antrag stimmten, von einer systematischen Beeinflussung der Legislative, die der Spiegel-Artikel suggeriert, kann also nicht die Rede sein.

Quellen- & Literaturverzeichnis

- AbuKhalil, As'ad (2012): A Critique of Norman Finkelstein on BDS. In: Al-Akhbar English (www.web.archive.org/web/20160427221237/http://english.al-akhbar.com/node/4289), abgerufen am: 05.03.20
- AMCHA-Initiative (2015): Report on Antisemitic Activity in 2015 at U.S. Colleges and Universities With the Largest Jewish Undergraduate Populations. (www.amchainitiative.org/wp-content/uploads/2016/03/Antisemitic-Activity-at-U.S.-Colleges-and-Universities-with-Jewish-Populations-2015-Executive-Summary.pdf), abgerufen am: 25.03.20
- AMCHA-Initiative (2019): The Harassment of Jewish Students on U.S. Campuses. How Eliminationist Anti-Zionism and Academic BDS Incite Campus Antisemitism. (www.amchainitiative.org/wp-content/uploads/2019/09/Eliminationist-Anti-Zionism-and-Academic-BDS-on-Campus-Report.pdf), abgerufen am: 28.03.20
- Amtsblatt der Europäischen Union (2014): Beschluss (GASP) 2019/1341. (eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/HTML/?uri=CELEX:32019D1341&from=en), abgerufen am: 05.03.20
- Anchuelo, André (2016): Anti-BDS ohne Gesetz. In: Jüdische Allgemeine (www.juedische-allgemeine.de/politik/anti-bds-ohne-gesetz/), abgerufen am: 07.04.20
- Anonym (2014): Omar Barghouti at UCLA: A speaker who brings hate. In: Jewish Journal (www.jewishjournal.com/commentary/opinion/126186/), abgerufen am: 11.03.20
- Anonym (2019): Aufruf an die Bundesregierung von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftlern: Setzen Sie „BDS“ nicht mit Antisemitismus gleich. (de.scribd.com/document/412474418/Aufruf-von-240-Judischen-und-Israelischen-Wissenschaftlern-an-die-Bundesregierung-zu-BDS-und-Antisemitismus), abgerufen am: 07.04.20
- Augstein, Jakob (2013): Spiegel-Streitgespräch: Was ist Antisemitismus. In: Der Spiegel (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-90535659.html>), abgerufen am: 06.03.20
- Außenwirtschaftsverordnung: §7 Boykottklärung (www.gesetze-im-internet.de/awv_2013/__7.html), abgerufen am: 07.05.20
- Barghouti, Omar (2013): Strategies for Change. Zitiert nach: Jewish Virtual Library (o. J.): BDS in their own words. (www.jewishvirtuallibrary.org/bds-in-their-own-words), abgerufen am: 10.03.20
- BDS (2005): Palästinensische Zivilgesellschaft ruft zu Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel auf, bis es internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt. (www.bdsmovement.net/call#German), abgerufen am: 09.03.20
- BDS (o. J.): Understanding Apartheid. (www.bdsmovement.net/colonialism-and-apartheid/understanding-apartheid), abgerufen am: 10.03.20
- BDS-Deutschland (2015/2019): Deutschlandweiter BDS-Aufruf. (www.bds-kampagne.de/auf-ruf/deutschlandweiter-bds-aufruf/), abgerufen am: 09.03.20
- BDS (2020): Join Israeli Apartheid Week 2020: United Against Racism. (www.bdsmovement.net/news/join-israeli-apartheid-week-2020-united-against-racism), abgerufen am: 27.03.20
- Becker, Ulrike (2016): Die Wurzeln des arabischen Boykotts gegen Israel. In: Deutsch-Israelische Gesellschaft (Hrsg.): Boykottbewegungen gegen Israel. Berlin (18-20)
- Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1986): Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38 (223-246)
- BNC (2020): Help take Israeli Apartheid Week's message on line! (www.bdsmovement.net/news/help-take-israeli-apartheid-week-message-line), abgerufen am: 27.03.20
- Bundestagsdrucksache 18/4173 (2018): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Özcan Mutlu, Monika Lazar, weiterer Abgeordneter

und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Antisemitismus in Deutschland. (dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/041/1804173.pdf), abgerufen am: 07.04.20

- Bundestagsdrucksache 19/10191 (2019): Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen. (dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910191.pdf), abgerufen am: 07.04.20
- Bundestagsdrucksache 19/10261 (2019): Antrag der Fraktion DIE LINKE: BDS-Bewegung ablehnen – Friedliche Lösung im Nahen Osten befördern. (dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/102/1910261.pdf), abgerufen am: 07.04.20
- Bundestagsdrucksache 19/9757 (2019): Antrag der Abgeordneten Jürgen Braun, Beatrix von Storch, Waldemar Herdt u.a. und der Fraktion der AfD: BDS-Bewegung verurteilen – Existenz des Staates Israel schützen. (dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/097/1909757.pdf), abgerufen am: 07.04.20
- Edthofer, Julia (2017): Vom antiimperialistischen Antizionismus zur aktuellen Boykottbewegung. Veränderungen und Kontinuitäten des israelbezogenen Antisemitismus in der Wiener autonomen Linken. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 42. Wiesbaden
- Elbe, Ingo/Ellmers, Sven/Hesse, Christoph u.a.: Editorial. In: dies. (Hrsg.): Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie 5/1. Berlin (1-3)
- Enghusen, Mareike (2018): Wie Sodastream in den Strudel des Nahostkonflikts geriet. In: Capital (www.capital.de/wirtschaft-politik/unternehmen-sodastream-wassersprudler-israel-nahostkonflikt-palaestiner-8575), abgerufen am: 27.06.20
- Feuerherdt, Alex (2016a): Britische und amerikanische Universitäten als Hochburgen der BDS-Bewegung. In: Deutsch-Israelische Gesellschaft (Hrsg.): Boykottbewegungen gegen Israel. Berlin (21-25)
- Feuerherdt, Alex (2016b): Zur Geschichte der BDS-Bewegung. Hintergründe, Initiatoren, Finanzierung. In: Deutsch-Israelische Gesellschaft (Hrsg.): Boykottbewegungen gegen Israel. Berlin (6-11)
- Feuerherdt, Alex/Markl, Florian (2018): Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert. Berlin
- Feuerherdt, Alex/Markl, Florian (2019): Die größte antizionistische Organisation der Welt. Wie die Vereinten Nationen den jüdischen Staat dämonisieren und delegitimieren. In: Salzbach, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus nach 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden (131-147)
- Fröhlich, Alexander (2019a): Sprengsatz des Antisemitismus in Berlin. In: Der Tagesspiegel (www.tagesspiegel.de/themen/reportage/terroristin-rasmea-odeh-sprengsatz-des-antisemitismus-in-berlin/24105198.html), abgerufen am: 15.06.20
- Fröhlich, Alexander (2019b): Verurteilte Terroristin muss Deutschland verlassen. In: Der Tagesspiegel (www.tagesspiegel.de/berlin/rasmea-odeh-verurteilte-terroristin-muss-deutschland-verlassen/24129368.html), abgerufen am: 15.06.20
- Gabriel, Sigmar (2012): Facebook-Post. (www.facebook.com/sigmar.gabriel/posts/369095839789811/), abgerufen am: 28.02.20
- Gebauer, Matthias/Müller, Ann-Kathrin/Röbel, Sven u.a. (2019): Wie zwei Vereine die deutsche Nahostpolitik beeinflussen wollen. Lobbyismus im Bundestag. In: Der Spiegel (www.spiegel.de/politik/lobbyismus-im-bundestag-wie-zwei-vereine-die-deutsche-nahostpolitik-beeinflussen-wollen-a-00000000-0002-0001-0000-000164871539), abgerufen am: 08.04.20
- Generalversammlung der Vereinten Nationen (1948): Zwischenbericht des Vermittlers der Vereinten Nationen. Resolution 194. Paragraph 11. (www.un.org/depts/german/gv-early/ar194-iii.pdf), abgerufen am: 25.03.20 (= A/RES/194/11)
- Grigat, Stephan (2007): Fetisch und Freiheit. Über die Rezeption der Marxschen Fetischkritik, die Emanzipation von Staat und Kapital und die Kritik des Antisemitismus. Freiburg
- Grigat, Stephan (2014): Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung. Hamburg

- Grigat, Stephan (2017): Iran, Israel und Deutschland im Schatten des Nationalsozialismus. Antisemitismus, die deutsch-iranische Freundschaft und der JCPOA. In: ders. (Hrsg.): Iran Israel Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm. Leipzig (9-40)
- Hirsh, David (2017): Contemporary Left Antisemitism. London
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2011): Dialektik der Aufklärung. Frankfurt am Main
- International Holocaust Remembrance Alliance (2016): Arbeitsdefinition von Antisemitismus. (www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus), abgerufen am: 10.03.20
- Kauschke, Detlef David (2017): „BDS hat bei uns keinen Platz“. Uwe Becker über die BDS-Bewegung und den Boykottbeschluss der Stadt. In: Jüdische Allgemeine (www.juedische-allgemeine.de/politik/bds-hat-bei-uns-keinen-platz/), abgerufen am: 05.04.20
- Kempinski, Yoni (2019): Terrorists active in the BDS movement. In: Arutz Sheva 7 (www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/258524), abgerufen am: 09.03.20
- Kloke, Martin (2010): Israelkritik und Antizionismus in der deutschen Linken. Ehrbarer Antisemitismus? In: Friesel, Evyatar/Schwarz-Friesel, Monika/ Reinharz, Jehuda (Hrsg.): Aktueller Antisemitismus. Ein Phänomen der Mitte. Berlin (73-92)
- Lantos, Tom (2002): The Durban Debacle. An Insider's View of the UN World Conference Against Racism. In: Fletcher Forum of World Affairs 26/1
- Mahla, Daniel (2018): Jüdisch und demokratisch? Religion und Staat in Israel. In: Zentrum für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung 336/2018 (www.bpb.de/izpb/268906/juedisch-und-demokratisch-religion-und-staat-in-israel?p=all), abgerufen am 02.05.20
- Markl, Florian (2017): Der Ursprung der Israel-Boykottbewegung. In: sans phrase 11. Wien/Freiburg (49-55)
- Marz, Ulrike (2014): Kritik des islamischen Antisemitismus. Zur gesellschaftlichen Genese und Semantik des Antisemitismus in der Islamischen Republik Iran. Münster
- Mohr, Sebastian (2016): Zum Stand der Israel-Boykottkampagnen in Deutschland. In: Deutsch-Israelische Gesellschaft (Hrsg.): Boykottbewegungen gegen Israel. Berlin (12-18)
- Morris, Benny (2003): The Birth of the Palestinian Refugee Problem Revisited. Cambridge
- Mustafa, Ali (2009): "Boycotts work". An interview with Omar Barghouti. In: The Electronic Intifada (www.electronicintifada.net/content/boycotts-work-interview-omar-barghouti/8263), abgerufen am: 09.03.20
- National Anti-Racism Coordinators Office (o. J.): Legislation (www.justice.gov.il/Units/Anti-Racism/Pages/InformationInEnglish/legislation.aspx), abgerufen am: 02.03.20
- NGO Monitor (2016): The BDS Campaign. Background, Funding and Recommendations. Jerusalem
- NGO Monitor (2020): Germany. (<https://www.ngo-monitor.org/funder/germany/>), abgerufen am: 14.04.20
- Nkosi, Nkululeko (2017): Wir fordern das Wort „Apartheid“ zurück! Warum die Gleichsetzung von Israel mit dem rassistischen Südafrika falsch ist. In: iz3w 359 (www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/359_rechtspopulismus/apartheid), abgerufen am: 21.06.20
- Pfahl-Traugher, Armin (2019): Absonderliche Verurteilungen der UN gegen Israel. Ein aufklärerisches Buch gegen einseitige Zerrbilder. In: Humanistischer Pressedienst (www.hpd.de/artikel/absonderliche-verurteilungen-un-gegen-israel-16835), abgerufen am 27.06.20
- Postone, Moishe (1982): Zur Logik des Antisemitismus. In: Merkur Heft 403. Stuttgart (13-25)
- Redaktion bds-kampagne.de (2019): Deutscher Bundestag: Dem internationalen Recht entschlossen entgegengetreten – Die Rechte der Palästinenser*innen bekämpfen (<http://bds-kampagne.de/2019/05/20/deutscher-bundestag-dem-internationalen-recht-entschlossen-entgegengetreten-die-rechte-der-palaestinenserinnen-bekaempfen/>), abgerufen am 07.04.20
- Rensmann, Jörg (2013): Der Mythos Nakba. Fakten zur israelischen Gründungsgeschichte. Berlin

- Rensmann, Lars (2007): Zwischen Kosmopolitismus und Ressentiment. Zum Problem des sekundären Antisemitismus in der deutschen Linken. In: Brosch, Michael/Elm, Michael/Geißler, Norman/u.a. (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Berlin (165-189)
- Reuter, Adam (2018): Unpacking the actual impact of BDS on Israel's economy. In: The Jerusalem Post (www.jpost.com/opinion/unpacking-the-actual-impact-of-bds-on-israels-economy-569049), abgerufen am: 25.03.20
- Riebe, Jan/Mohr, Sebastian (2019): Die BDS-Kampagne gegen Israel und die Taktik der Diffusität. In: Belltower News (www.belltower.news/die-bds-kampagne-gegen-israel-oder-die-taktik-der-diffusitaet-85185/), abgerufen am: 18.02.20
- Rokahr, Sandra (2019): Verblümter Antisemitismus. Israelkritik als Ticketmentalität. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden
- Salzborn, Samuel (2014): Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie. Baden-Baden
- Salzborn, Samuel (2018): Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Weinheim/Basel
- Schubert, Kai (2019): Aktueller Antisemitismus in deutschen Qualitätsmedien. In: Glöckner, Olaf/Jikeli, Günther (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland heute. Hildesheim (133-150)
- Schult, Christoph/Sydow, Christoph (2019): Unionspolitiker äußern Bedenken gegen Israel-Beschluss. Der Spiegel (www.spiegel.de/politik/deutschland/israel-politiker-von-union-und-gruenen-aeussern-bedenken-gegen-bds-beschluss-a-1267950.html), abgerufen am 20.03.20
- Stahnke, Jochen (2020): 50 frühere Spitzenpolitiker: Trumps Nahost-Plan erinnert an Apartheid. FAZ (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fruehere-spitzenpolitiker-europas-kritisieren-trump-fuer-nahost-plan-16653374.html), abgerufen am: 06.03.20
- StandWithUs (o. J.): Explaining the BDS Movement. (docs.wixstatic.com/ugd/46fc49_032404dc18cd4c00a26a307b115ab817.pdf), abgerufen am: 13.06.20
- Stögner, Karin (2018): Merkwürdige Allianzen. bds-Kampagne und internationale Queer-Bewegung sind nicht frei von Judenfeindlichkeit. In: Zeitzeichen 3/2018. Frankfurt am Main (34-36)
- Sydow, Christoph (2019): „Der Beschluss geht zu weit“. Der Spiegel (www.spiegel.de/politik/ausland/israel-bds-resolution-im-bundestag-der-beschluss-geht-zu-weit-a-1268037.html), abgerufen am: 15.04.20
- Todenhöfer, Jürgen (2014): Meine 6 wichtigsten Punkte zu Gaza (www.juergentodenhoefer.de/meine-6-wichtigsten-punkte-zu-gaza/), abgerufen am: 01.03.20
- Weinglass, Simona (2009): Numbers Game. In: The New Republic (www.newrepublic.com/article/61077/numbers-game), abgerufen am: 10.04.20
- Wolffsohn, Michael (2019): „Der Spiegel“ und das gefährliche Spiel mit den Israel-Freunden. In: Welt (www.welt.de/debatte/kommentare/article196829743/Der-Spiegel-und-das-gefaehrliche-Spiel-mit-den-Israel-Freunden.html), abgerufen am: 15.04.20
- World Conference against Racism – NGO FORUM DECLARATION (2001). Durban (www.i-p-o.org/racism-ngo-decl.htm), abgerufen am: 09.03.20
- Yaron, Gil (2014): Die dubiose Rolle der UN im Gazastreifen. In: Welt (www.welt.de/politik/ausland/article131074146/Die-dubiose-Rolle-der-UN-im-Gazastreifen.html), abgerufen am: 27.03.2020

Impressum

Inhaltlich Verantwortliche:

Prof. Dr. Susanne Schröter
Professur für Ethnologie kolonialer und postkolonialer Ordnungen
Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam (FFGI) am
Forschungsverbund „Normative Ordnungen“
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Max-Horkheimer-Str. 2
60323 Frankfurt am Main

ffgi@normativeorders.net

<https://www.facebook.com/frankfurterforschungszentrumglobalerislam/>

www.ffgi.net

© 2021 - Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam
All rights reserved.